

Geht das: Solidarität mit Israel UND Palästina?

Martin Breidert

Bern 20.10. 2016

Ehe wir uns der Frage einer Solidarität mit Israel und Palästina, Israel oder Palästina nähern, müssen wir uns fragen, welches Israel und welches Palästina wir meinen.

I. Welches Israel meinen wir?

Israel ist das Volk, von dem uns das Alte Testament erzählt. Eine Geschichte, die mehr als 2000 Jahre zurückliegt.

1948 wurde der Staat Israel gegründet. Damals lebte ca. 1 Million Palästinenser im britischen Mandatsgebiet. Bekanntlich akzeptierten die jüdischen Vertreter den UN-Teilungsplan. Dieser bestimmte jedoch ausdrücklich, dass keine Bevölkerungsteile vertrieben werden dürfen.

Neuere israelische Historiker kamen nach Studium der Quellen von Irgun, Hagana und Ben-Gurions Tagebüchern zu der übereinstimmenden Erkenntnis: Die Israelis haben ca. 750.000 Palästinenser vertrieben, nur ca. 250.000 sind im neu entstandenen Israel verblieben, darunter sehr viele Christen in Galiläa und muslimische Beduinen im Negev. Der 1949 ausgehandelte Waffenstillstand mit den angrenzenden arabischen Staaten machte den Staat Israel sehr viel größer, als im Teilungsplan vorgesehen.

Schon auf dem zionistischen Weltkongress 1937 hatte Ben-Gurion über einen britischen Teilungsplan gesagt: Den Rest werden wir uns später holen. Die Zustimmung zum UN-Teilungsplan war also nur ein diplomatisches Lippenbekenntnis. Er wurde von israelischer Seite niemals umgesetzt.

Bekanntlich holte sich der Staat Israel im Juni 1967 den Rest. Der bisher säkulare Zionismus transformierte sich, berauscht durch diesen Sieg, mehr und mehr zu einem religiös überhöhten Nationalismus. (In Herzls Buch "Der Judenstaat" findet sich kein einziges Bibelzitat).

Sofort nach 1967 begann der sogenannte Siedlungsbau mit dem Allon-Plan. Seit 1948 bis heute befindet sich Israel heute offiziell unter Ausnahmezustand, der jedes Jahr von der Knesset verlängert wird.

Alle israelischen Regierungen, vor und nach den Oslo-Abkommen, forcierten den sogenannten Siedlungsbau, auch während der 20 Jahre dauernden angeblichen Friedensverhandlungen.

Ministerpräsident Netanjahu hatte noch kurz vor der Wahl 2015 erklärt, es werde niemals einen palästinensischen Staat geben. Damit steht er in völligem Einklang mit Staatspräsident Rivlin und mit seiner Partei, dem Likud, in dessen Programm es heißt, es dürfe niemals zu einem palästinensischen Staat kommen.

Die Schweizer Diplomatie steht noch immer hinter der Genfer Initiative und damit hinter einer Zwei-Staaten-Lösung, Deutschland und die EU ebenso. Aber wie dieses Ziel erreicht werden soll, sagt niemand.

Mehr als 600.000 sogenannte Siedler wohnen auf annektiertem Gebiet in und um Ostjerusalem herum sowie in der Westbank. Wer durch die Westbank fährt, sieht auf jedem zweiten Hügel eine Siedlung, dazwischen hunderte von Checkpoints für die Palästinenser, und fragt sich: Wie soll hier ein Staat Palästina entstehen?

Israelische Schulbücher geben seit Jahren den Jordan als Ostgrenze Israels an, ebenso die Landkarten auf Flyern des israelischen Tourismusministeriums.

Seit 49 Jahren betreibt Israel mit dem sogenannten Siedlungsbau eine schleichende Annexion. *Facts on the ground* heißt das. Bei einer letzten Umfrage (Tachles 9.3. 2016) sprachen sich 48 % der jüdischen Israelis dafür aus, alle Palästinenser, auch die mit israelischem Pass, in einen neu zu schaffenden Staat östlich des Jordans in die jordanische Wüste zu deportieren. D.h. heißt mehr als 5 Millionen Menschen deportieren. Sie nennen es allerdings nicht Deportation, sondern Transfer.

Wenn wir vom Staat Israel sprechen, welche Grenzen hat er? David Ben-Gurion sagte dazu: Jede Generation muss die Grenzen neu bestimmen. Neulich waren in dem französisch-deutschen Sender Arte zwei Folgen über die Siedler zu sehen. Für sie muss Israel entsprechend biblischer Verheißung vom Euphrat bis zum Nil reichen.

II. Welches Palästina meinen wir?

Der Name Palästina hängt mit dem biblischen Namen der Philister zusammen. Arabisch heißt es Falistin. Die Römer machten aus dem Königreich Judäa die Provinz Palästina.

Nach der Staatsgründung Israels bildeten sich mehrere palästinensische Widerstandsgruppen, die sich 1964 zur Palästinensischen Befreiungsfront PLO zusammenschlossen.

Von der einstigen israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir stammt der Satz, sie kenne keine Palästinenser. Einer ihrer Nachfolger, Yitzhak Rabin sah das etwas anders und schloss schließlich mit der PLO die Oslo-Abkommen. In den Oslo-Abkommen steht allerdings kein Wort von einem Staat Palästina, während die PLO 1988 und mit den Oslo-Verträgen den Staat Israel und damit das Existenzrecht Israels anerkannt hat - allen anderslautenden Äußerungen in unseren Medien zum Trotz.

Heute leben etwa 1,8 Millionen Palästinenser im Gazastreifen. Mindestens 2,5 Millionen Palästinenser leben in der Westbank. Insgesamt leben in dem ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina fast ebenso viele Palästinenser wie jüdische Israelis. Für die Palästinenser mit israelischem Pass gelten mehr als 50 Sondergesetze, die sie massiv benachteiligen.¹

Seit den Oslo-Abkommen regiert die sog. Autonomiebehörde in den sog. A- und B-Gebieten. In den Verträgen steht allerdings nichts von „autonom“. Sie ist politisch und ökonomisch völlig abhängig von Israel.

Den Palästinensern in Ostjerusalem drohen ständig Hausabriss und Vertreibung. Dasselbe gilt für die C-Gebiete der Westbank. Ganz übel ist die Situation für die Menschen im abgeriegelten Gazastreifen.

Fast zwei Drittel der Westbank sind sogenannte C-Gebiete, wo Israel willkürlich durch militärische Anordnungen regiert. Für alles, was mehr als 20 cm aus dem Boden herausragt oder mehr als 20 cm in den Boden reicht, brauchen Palästinenser in den C-Gebieten eine Genehmigung, die sie aber so gut wie nie erhalten. Die Regierung hat vor zwei Jahren, als die sog. Friedensverhandlungen noch im Gange waren, einen Ministerausschuss eingesetzt, der entgegen den Oslo-Abkommen und entgegen dem Völkerrecht die offizielle Annektierung des Jordantals vorbereiten soll. Minister Naftali Bennet fordert sogar eine Annektierung der gesamten Westbank.

Viele Palästinenser in den A- und B-Gebieten sagen: Eigentlich leben wir alle im C-Gebiet, weil die Palästinensische Behörde machtlos ist.

¹ <http://www.adalah.org/en/content/view/7771>

Wichtig ist: Der Staat Israel konfisziert ständig Land der Palästinenser – ohne jede Entschädigung. Der Staat Israel annektiert das Land, der Staat Israel plant die sog. Siedlungen, der Staat Israel sorgt für die Infrastruktur (Wasser, Strom, Straßen), der Staat Israel begünstigt die Siedlungen durch Subventionen und Transferzahlungen, der Staat Israel sichert sie militärisch ab. Der Staat Israel ist für alles verantwortlich, was mit den Siedlungen zu tun hat. Sich daran zu erinnern, ist wichtig, wenn es um die israelischen Kolonien in der Westbank geht.

Wasser ist wegen der ungerechten Verteilung ein großes Problem, sowohl in der Westbank als auch im Gazastreifen. „Wasser-Apartheid“ nennt das der deutsche Hydrologe Clemens Messerschmid, der seit 15 Jahren dort arbeitet. Als vor zwei Monaten die ARD ein Interview mit ihm brachte, bekam der Reporter Markus Rosch in Tel Aviv Morddrohungen.

Israel macht mit der Besetzung ein Geschäft. Das Pariser Protokoll von 1994 bestimmt, dass die Besetzten Gebiete unter wirtschaftlicher, zollrechtlicher und steuerrechtlicher Hoheit Israels stehen. Durch jeden Euro und Dollar, den internationale Hilfsorganisationen ins besetzte Palästina überweisen, erhält der Staat Israel Devisen. Da alle Hilfsgüter verzollt werden müssen, Israel verdient auch daran.²

Touristen bemerken in Ostjerusalem nichts davon, wie der Staat Israel alles tut, um die angestammte palästinensische Bevölkerung aus Ostjerusalem zu vertreiben und die Stadt zu „entarabisieren“. Palästinenser, die in Ostjerusalem geboren wurden, brauchen für ihre eigene Heimatstadt eine Aufenthaltsgenehmigung. Dafür müssen sie vorlegen: Stromrechnung, Wasserrechnung, Mietbescheinigung, Schulbescheinigung usw.

Etwa 4 Millionen palästinensische Flüchtlinge leben seit 68 Jahren unter erbärmlichen Umständen in Lagern in der Westbank, im Libanon, in Jordanien und einige sind noch in Syrien. Die UNWRA versorgt sie mit dem Notwendigsten. Die UN-Resolution 194 hat ihnen ein Rückkehrrecht zugesprochen. Israel hatte diese Resolution ausdrücklich anerkannt, um überhaupt in die UNO aufgenommen zu werden. Israel hat Dutzende UN-Resolutionen ignoriert, aber das Rückkehrrecht ausdrücklich anerkannt.

Israel hält ca. 7000 politische Gefangene in Militärhaft, mehr als 600 davon in sogenannter Administrativhaft: d.h. ohne Anklage, ohne Rechtsbeistand, ohne Prozess, beliebig oft verlängerbar. Das ist eindeutig völkerrechtswidrig. Entgegen der UN-Kinderrechtskonvention

² Vgl. Shir Hever, Politische Ökonomie der israelischen Besetzung. 2014

werden auch mehrere hundert Kinder von zwölf Jahren an in Militärhaft gesteckt. Die Willkür ist hier Prinzip.³

Nun komme ich zu der entscheidenden Frage: Geht das: Solidarität mit Israel UND mit Palästina unter dem Aspekt der Menschenrechte und des Völkerrechts?

III. Menschenrechte und Völkerrecht

Ich bin evangelischer Theologe, beziehe mich aber für den Konflikt Israel/Palästina bewusst nicht auf die Bibel, sondern auf die Menschenrechte und das Völkerrecht. In Israel/Palästina und besonders in Jerusalem treffen drei Religionen zusammen. Es macht keinen Sinn, sich in diesem Konflikt auf Heilige Schriften zu beziehen. Deshalb sah der UN-Teilungsplan von 1947 vor, Jerusalem und Bethlehem unter internationale Verwaltung stellen. Europa hatte nach dem Dreißigjährigen Krieg allmählich gelernt, Religion und Staat zu trennen.

Ich frage: Wie können wir eine Solidarität mit Israel praktizieren, wenn der Staat Israel permanent die Menschenrechte und das Völkerrecht missachtet?

Die Evangelische Kirche in Deutschland bekennt sich immer wieder zu den Menschenrechten. Das war nicht immer so. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges äußerten sich evangelische Theologen und Kirchenvertreter fast durchweg ablehnend zu den Menschenrechten – mit zwei Ausnahmen. Der eine war der Schweizer Theologe Karl Barth, der andere Dietrich Bonhoeffer, ein Freund Karl Barths. Dieses beschämende Faktum wird heute oft vergessen. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich dies gewandelt. Als ich Dozent für Sozialethik an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal war, waren die Menschenrechte mein Schwerpunkt.⁴

Trotz Israels rassistischer Politik gibt es viele jüdische Menschenrechtsorganisationen innerhalb und außerhalb Israels. Ich bewundere diese Menschen, weil sie sowohl in Israel als auch außerhalb Israels viel Mut aufbringen und sich der israelischen Propaganda widersetzen. Ihre Arbeit wird ihnen fast täglich durch neue Anordnungen und Gesetze erschwert.

Der Internationale Gerichtshof hat am 9. Juli 2004 in einem Gutachten festgestellt, dass die Vierte Genfer Konvention für die von Israel besetzten Gebiete anzuwenden ist. D.h. die

³ Peter Münch, Das Gefängnis der Kinder, SZ 10.6. 2016: <http://www.sueddeutsche.de/politik/nahost-konflikt-das-gefaengnis-der-kinder-1.3028534>

⁴ Martin Breidert/ Jochen Motte, Hg., „Schaffet Recht und Gerechtigkeit“. 50 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Wuppertal 1999; Synode der Ev.-ref. Kirchen in Nordwestdeutschland, Hg., Recht nach Gottes Wort. Menschenrechte und Grundrechte in Gesellschaft und Kirche, Neukirchen-Vluyn, 1989.

Trennmauer, soweit sie auf palästinensischem Gebiet steht, ist völkerrechtswidrig, ebenso sind alle sog. Siedlungen illegal. Die EU hat in ihren verbindlichen Richtlinien vom 19. Juli 2013 festgestellt, dass die von Israel besetzten Gebiete nicht zum israelischen Staatsgebiet gehören. Das hat zollrechtliche Konsequenzen.

Amnesty International, Unicef, der UN-Menschenrechtsrat sowie viele jüdische Menschenrechtsorganisationen innerhalb und außerhalb Israels haben immer wieder die massiven Menschenrechtsverletzungen verurteilt, die mit dem israelischen Militärregime einhergehen. Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Peter Maurer, hat entgegen den sonstigen diplomatischen Gepflogenheiten des IKRK öffentlich die Menschenrechtsverletzungen Israels angeprangert. Bei meinem Besuch in der Westbank sagten palästinensische Christen immer wieder zu mir: Wir wollen als Menschen behandelt werden und nicht wie Tiere.

IV. Geht das: Solidarität mit Israel UND Palästina?

Die Menschenrechte und das Völkerrecht sollten unser Kompass sein. Um es klar zu sagen: Geographische Ansprüche auf ein bestimmtes Land können sich nicht auf heilige Schriften gründen, sondern allein auf das heute geltende Völkerrecht.

Ich finde im Neuen Testament weder bei Jesus noch bei Paulus irgendwelche Hinweise, die die gewaltsame Konfiszierung des Landes Palästina für die Juden rechtfertigen könnten.

Paulus spricht zwar im Römerbrief (Kap 9 – 11; vgl. 2. Kor 1,21) von den Verheißungen, aber nicht vom Land. Wie es am Ende des Matthäusevangeliums heißt „Geht hin in alle Welt und macht zu Jüngern alle Völker“ (Matth 28), so ist Paulus wie ein Wahnsinniger durch die damals bekannte Welt gereist, um zu bezeugen, dass der Christus, der Gesalbte, die Rechtfertigung und der Friede Gottes für alle Menschen ist. Hinter diesen Universalismus können wir nicht mehr zurückgehen. Im Hebräerbrief wird das Land nur noch allegorisch verstanden. Und in der Offenbarung (Kap 21) kommt das neue Jerusalem vom Himmel herab, ist also nicht die irdische Stadt Jerusalem.

Es gibt viele Dialoggruppen, die für Israel und zugleich auch für die Palästinenser eintreten wollen. Gerade in christlichen Friedensgruppen ist man damit schnell bei der Hand.

1980 hatte die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland in einer Erklärung verkündet, der Staat Israel sei ein Zeichen der Treue Gottes. Dann wäre die Vertreibung von 750.000 Palästinensern gottgewollt gewesen, eine monströse Vorstellung.

Karl Barth, der große Theologe des 20. Jahrhunderts, meinte etwas anderes, als er in seiner Kirchlichen Dogmatik schrieb, die **Geschichte** des Judentums sei ein Zeichen der Treue Gottes.⁵

2009 hatten palästinensische Christen und Christinnen die Kairos-Erklärung veröffentlicht: „Die Stunde der Wahrheit. Ein Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens [!] der Palästinenser und Palästinenserinnen“.

Viele kirchliche Stellungnahmen zu dieser Kairos- Erklärung übersehen den befreiungstheologischen Aspekt dieses Dokuments. Die palästinensischen Christen fragen uns: „Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzuerlangen? Denn das ist die einzige Möglichkeit, beiden [!] Völkern zu Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit und Liebe zu verhelfen.“ (6-1)

Dieses Dokument setzt bei der Realität der Besatzung ein, fragt im zweiten Schritt nach den theologischen Kriterien, um schließlich zu Handlungsoptionen zu kommen. Es folgt damit dem Schema ökumenischer Ethik: Sehen – Urteilen – Handeln.

Drei Mal ruft dieses Dokument die Weltgemeinschaft und besonders die Christinnen zu Boykott, Deinvestment und Sanktionen auf.

Statt den Hilferuf der Palästinenserinnen und Palästinenser ernst zu nehmen und die Frage zu beantworten, ob und wie die Kirchen bereit sind, BDS zu unterstützen, mäkelte die Ev. Kirche in Deutschland theologisch an dem Dokument herum, ohne die befreiungstheologische Dimension zu erkennen und zu würdigen.

Besonders misslich ist, dass die Stellungnahmen unserer deutschen Landeskirchen in der Regel von den Beauftragten für den christlich-jüdischen Dialog verfasst wurden. Das ist so, als ob ein Vegetarier eine Stellungnahme für eine Vorlage der Metzgerinnung schreiben sollte. Dabei wird vergessen, dass 98 % der Palästinenser Muslime sind. Aber darüber hinaus gilt, dass der Israel/Palästina-Konflikt in erster Linie ein Kampf um das Land ist und nicht eine religiöse Auseinandersetzung. Erst als der Zionismus nach 1967 immer mehr religiöse Formen annahm, wurde von israelischer Seite der religiöse Aspekt in den Vordergrund gestellt.

⁵ Karl Barth, Die Kirchliche Dogmatik. Von der Lehre der Schöpfung. III/3, Zollikon-Zürich 1950, 225. 231. 238. 241).

Ich gehöre zur evangelischen Kirche im Rheinland. 2011 gab die rheinische Kirche ein sogenanntes Impulspapier heraus. Dieses beginnt mit dem fundamentalen theologischen Grundsatz, dass die Juden das auserwählte Volk seien und wir deshalb zur Solidarität mit dem Staat Israel verpflichtet. Im Januar dieses Jahres sprach sich die rheinische Synode für eine Zwei-Staaten Lösung aus, ohne ein Wort über die Besatzung, über die illegalen Siedlungen und den Mauerbau zu verlieren. Dieser Synodalbeschluss kommt m.E. 35 Jahre zu spät.

In der evangelischen Kirche wird ständig das biblische Volk Israel mit dem heutigen Staat Israel identifiziert. Peter Bingel und Winfried Belz sind in dem Buch „Israel kontrovers“⁶ der theologisch und politisch unverantwortlichen Gleichsetzung von biblischem Volk Israel mit dem Staat Israel entgegengetreten.

Uwe Gräbe ist bei EMS Stuttgart, früher Basler Mission deutscher Zweig, Referent für den Nahen Osten und damit verantwortlich für die Schneller-Schulen. Er spricht sich für eine doppelte Solidarität mit Israel UND Palästina aus⁷. Auch Martin Heimbucher, Kirchenpräsident der Ev. -Reformierten Kirche in Deutschland, vertritt diese Meinung.⁸

Ich frage: Wie ist eine Solidarität sowohl mit den Besatzern als auch mit den Besetzten möglich? Sowohl mit denen, die Land entschädigungslos rauben, als auch mit denen, denen das Land konfisziert wird?

Unsere Regierungen praktizieren eine doppelte Solidarität auf eigentümliche Weise. Sie liefern Waffen an Israel und finanzieren Hilfsprojekte für die Palästinenser in den Besetzten Gebieten.

Für mich ist eine doppelte Solidarität nichts anderes als ein feiges Sowohl- als-auch. In der Welt der Diplomatie mag dies manchmal unumgänglich sein. Wenn es aber in der Kirche um Wahrheit und Gerechtigkeit geht, kann ein solches Lavieren kein ethisch verantwortbarer Weg sein.

Desmond Tutu, der Friedensnobelpreisträger und frühere anglikanische Erzbischof in Südafrika, hat einmal gesagt: **„Wenn du dich in Situationen der Ungerechtigkeit neutral verhältst, hast du dich auf die Seite des Unterdrückers gestellt.“**

⁶ Peter Bingel/Winfried Belz, Israel kontrovers. Eine theologisch-politische Standortbestimmung, Zürich 2013.

⁷ http://www.evpfalz.de/akademie_typo3/fileadmin/user_upload/akademie/dateien/programm/Israel_Referat_Graebe_22.06.13.pdf

⁸ <http://www.reformiert.de/nachricht/items/christen-im-nahen-osten-brauchen-unsere-solidaritaet-2893.html>

Ich möchte daran erinnern, dass Desmond Tutu die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika erst begonnen hatte, nachdem die Apartheidgesetze aufgehoben waren.

Martin Luther King war nicht bereit, die Busstreiks aufzugeben und mit weißen Vermittlern zu verhandeln, solange das Apartheidsystem fortgesetzt wurde. Voraussetzung für Frieden und Versöhnung ist Gerechtigkeit, d.h. im besetzten Palästina zunächst das Ende der Besatzung.

Ohne Gerechtigkeit kein Friede, das weiß schon die Bibel. Die biblische Gerechtigkeit ist nicht die römische *Justitia* mit verbundenen Augen, sondern eine helfende Gerechtigkeit, die den Unterdrückten zu ihrem Recht verhilft. So ruft der Psalmbeter: *Errette mich durch Deine Gerechtigkeit! Neige Deine Ohren zu mir, hilf mir eilends! Sei mir ein starker Fels und eine Burg, dass Du mir helfest* (Psalm 31 2-3). Jesus hat die selig gepriesen, die nach dieser Gerechtigkeit hungern und dürsten (Matth 5,4) und gesagt: Trachtet zuerst nach Gottes Reich und nach seiner Gerechtigkeit, dann wird euch alles Weitere zufallen (Matth 6,33). Zwingli hat in seiner Schrift „Von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit“ (1523) dargelegt, dass die Gerechtigkeit Gottes sich in unseren zwischenmenschlichen Beziehungen widerspiegeln soll.

Es besteht in den von Israel besetzten Gebieten ein asymmetrisches Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten. Die einen haben Kampfjets, Panzer, Drohnen. Die anderen können nur Steine werfen oder ein paar selbst gebastelte Bomben zünden.

Wenn die Kirchen ihren Friedensauftrag ernst nehmen, sollten sie weder propalästinensisch noch proisraelisch Stellung beziehen, aber auch keine doppelte Solidarität propagieren, sondern ihr Kompass in diesem internationalen Konflikt müssen die Menschenrechte und das Völkerrecht sein. Menschenrechte und Völkerrecht lassen sich zwar nicht unmittelbar aus der Bibel ableiten, aber sie entsprechen der biblischen Botschaft von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden.⁹

Sind für die Kirchen die Menschenrechte und das Völkerrecht Orientierungspunkte, dann können sie nicht anders als sich auf die Seite der Palästinenser zu stellen, deren Rechte seit Jahrzehnten massiv verletzt werden.

⁹ Vgl. F. Crüsemann, Maßstab: Tora. Israels Weisung für christliche Ethik, Gütersloh 2003, 148ff. Schon Amos zeigt Ansätze zu einem Völkerrecht, das über Israel hinausgreift (Amos, 1,3 – 3,2).

Dietrich Bonhoeffer, der etlichen Juden zur Flucht in die Schweiz verhalf, schrieb 1933 in einem Aufsatz mit dem Titel „Die Kirche vor der Judenfrage“: „Die Kirche ist den Opfern jeder [!] Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet,“¹⁰

Die Menschenrechte sind nicht etwas Abstraktes, nichts für Sonntagsreden, sie sind nur so viel wert, wie wir uns für deren Durchsetzung einsetzen.

Jesus sagte in der Goldenen Regel in der Bergpredigt (Matth 7,12): „Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch.“

Dasselbe sagte der jüdische Rabbi Hillel, der vor Jesus gelebt hat: „Was dir nicht lieb ist, das tu auch deinem Nächsten nicht!“

Der Talmud und der Koran sagen: „Wer einen Menschen rettet, für den soll es sein, habe er die ganze Welt gerettet.“ (Diese Formulierung entspricht Kants kategorischem Imperativ).

V. Was können wir tun?

Damit komme ich auf die BDS-Bewegung zu sprechen (Boycott, Desinvestment, Sanktionen).

1. Was will BDS?

Zunächst ist festzuhalten: die ersten Aufrufe zum Boycott von Waren aus den sogenannten israelischen Siedlungen kamen bereits Ende der 80er Jahre von israelischen (!) Friedens- und Menschenrechtsorganisationen.¹¹ Der Ökumenische Rat der Kirchen empfiehlt seit 2009 einen Boycott von Firmen, die an der Lieferung von Sicherheitssystemen für israelische Siedlungen verdienen.

Die katholische Friedensorganisation Pax Christi hat diesen Aufruf 2012 aufgegriffen mit ihrer Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ und fordert, keine Produkte aus israelischen Siedlungen zu kaufen. Die Solidarische Kirche im Rheinland hat sich diesem Aufruf angeschlossen.

¹⁰ Zitiert in E. Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Eine Biographie, München 1967, S. 324.

¹¹ Matzpen (1988), Gruppe „Das 21. Jahr“ (1988), Gush Shalom (1997), Fünfunddreißig Israelis/Juden“ (2001), Initiative der Akademiker (2002).

Bereits 2010 hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass Produkte aus den Siedlungen nicht unter das EU-Präferenzabkommen fallen (Az.: C-386/08). 2013 hat der deutsche Bundesfinanzhof diese Entscheidung bestätigt (Az.: VII R 6/12).

Im Mai 2015 erinnerte Desmond Tutu in einem Schreiben an den deutschen evangelischen Kirchentag die Christen an die Kairos-Erklärung, die einen Boykott gegen Israel fordert.

Die Church of Scotland, eine reformierte Kirche, ist von ihrer früheren Unterstützung Israels abgerückt und tritt nun auch für Boykottmaßnahmen ein.¹²

Die Presbyterianische Kirche in den USA, ebenfalls eine reformierte Kirche, hat ihre Investments bei den Firmen Caterpillar, Hewlett-Packard und Motorola Solutions gekündigt, weil sie an der israelischen Besatzung verdienen.¹³

Die United Church of Christ, eine Partnerkirche protestantischer Kirchen in Deutschland, hat sich vor einem Jahr unmissverständlich der Boykottbewegung angeschlossen.¹⁴

Die Methodistische Kirche in Kanada, die United Church of Canada, der südafrikanische Rat der Kirchen, christliche Hilfsorganisationen aus Norwegen, Großbritannien, Irland, Dänemark, Schweden, Finnland und den Niederlanden haben zu einem Boykott aufgerufen.¹⁵

Auch jüdische Organisationen wie *Jewish Voice for Peace* in den USA, *Peace Now*¹⁶ und *Boycott from Within* in Israel, jüdische Organisationen in Europa wie *Jews for Justice for Palestinians* und die deutsche *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.* unterstützen die BDS-Bewegung.

Darum ist es völlig unsinnig, die Boykottbewegung mit dem Aufruf der Nazis gleichzusetzen: „Kauft nicht bei Juden!“ Die Nazis wollten mit ihrem Boykottaufruf den Juden in Deutschland die ökonomische Existenz nehmen, ehe sie ihnen die physische Existenz raubten.

Dagegen ist die heutige Boykottkampagne darauf gerichtet, den Palästinensern zu ihren Menschenrechten zu verhelfen. So wie ich heute wieder Wein aus Südafrika kaufe, kann ich mir vorstellen, eines Tages israelische Produkte zu kaufen, wenn die Besatzung beendet ist, wenn das Völkerrecht und die Menschenrechte auch für die Palästinenser gelten.

¹² <http://mondoweiss.net/2013/05/scotland-controversial-israelpalestine/>

¹³ https://en.wikipedia.org/wiki/Presbyterian_Church_%28U.S.A.%29_disinvestment_from_Israel_controversy

¹⁴ http://www.ucc.org/news_general_synod_israel_palestine_resolution_06302015

¹⁵ 352 kirchliche und nichtkirchliche europäische Gruppen haben eine Petition gegen die Kriminalisierung von BDS unterzeichnet: <http://bds-kampagne.de/2016/05/18/es-reicht-schluss-mit-der-kriminalisierung-der-bds-bewegung-fuer-gerechtigkeit-in-palaestina-lasst-uns-das-recht-auf-bds-unterstuetzen/>

¹⁶ <http://peacenow.org/page.php?id=3408>

Ich unterstütze die Boykottbewegung, denn sie ist gewaltfrei und sie ist demokratisch, weil sich jeder und jede daran beteiligen kann.

2. Deinvestment – Abzug von Investitionen

Niederländische Pensionsfonds, ein dänischer und ein luxemburgischer Pensionsfonds haben ihre Gelder aus Israel abgezogen. Skandinavische Banken haben ihre Investments aus Israel abgezogen. Veolia betrieb Buslinien in der Westbank und eine Straßenbahnlinie in Ostjerusalem. Als sich Veolia um den Zuschlag für den öffentlichen Personennahverkehr in Stockholm bewarb, gelang es den dortigen BDS- Aktivisten, dass Israel aus der Bewerbung genommen wurde, weil das Unternehmen in den illegalen Gebieten geschäftlich aktiv ist. Inzwischen hat sich Veolia aus Israel zurückgezogen.

3. Sanktionen

2014 riefen 17 EU-Regierungen ihre Bürgerinnen und Bürger auf, keine Geschäfte mit illegalen israelischen Siedlungen zu tätigen.

Sanktionen können nur Staaten oder Staatengemeinschaften wie die EU beschließen.

Inzwischen gibt es im EU-Parlament eine fraktionsübergreifende Parlamentariergruppe, die sich für Wirtschaftssanktionen gegen Israel einsetzt. Sie berufen sich dabei auf Art. 2 des EU-Assoziierungsabkommens, wonach bei schweren Menschenrechtsverletzungen das Abkommen ausgesetzt werden kann.

Ich komme zum Schluss. Geht das: Solidarität mit Israel UND Palästina? UN-Generalsekretär Ban-Ki-Moon hat zu Anfang des Jahres erklärt: Es liegt in der Natur des Menschen, dass er sich gegen Besatzung auflehnt.

Ja, ich möchte mich mit Israel solidarisieren, aber mit einem Staat Israel, der die Menschenrechte und das Völkerrecht respektiert, so wie es die Unabhängigkeitserklärung Israels versprochen hatte.

Solange dies nicht geschieht, solidarisiere ich mich im Sinne der Befreiungstheologie für die Unterdrückten von heute, das sind eindeutig die Palästinenser.